



**AZADÎ**  
FREIHEIT

Oktober 2019

Einladung zur Tagung

## **Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden Abbau demokratischer Grundrechte am Beispiel von Bayern**

**am 23. November 2019  
im EineWeltHaus in München (Schwanthalerstr. 80, 80336 München)  
von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr**

Im März 2017 hat der damalige Bundesinnenminister de Maizière in einem Rundschreiben an die Landesinnenministerien und Sicherheitsbehörden die Ausweitung der Verbote von Symbolen kurdischer Organisationen angekündigt. Hierunter fallen seither auch Kennzeichen der syrisch-kurdischen Partei PYD sowie der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ, die schlichtweg allesamt der PKK zugeordnet wurden und unter das im November 1993 erlassene Betätigungsverbot der PKK fallen. Das Bundesinnenministerium rechtfertigte die Erweiterung der Kennzeichenverbote damit, dass sich die PKK ihrer bedienen würde, da die „eigenen“ Symbole nicht erlaubt sind. Im Januar 2018 wurde das Zeigen jeglicher Bildnisse von Abdullah Öcalan auf Versammlungen hinzugefügt, es sei denn, das Zeigen beschränke sich thematisch auf seine Haftbedingungen oder den Gesundheitszustand.

Auf Nachfrage der Linksfraktion im Bundestag relativierte das Ministerium seine Einschätzung vom März 2017 dahingehend, dass das Zeigen der Symbole von PYD, YPG/YPJ u.a. erlaubt sei, sofern bei Veranstaltungen oder Demonstrationen kein PKK-Bezug feststellbar sei. Schließlich sind diese Organisationen selbst in Deutschland nicht verboten.

Das hindert allerdings Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften nicht, solche Bezüge zu konstruieren, was zur Folge hat, dass Veranstaltungen verboten oder behindert werden bzw. massenhaft Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet und Menschen zu Geldstrafen verurteilt werden. Selbst das Posten in Facebook oder Teilen von Beiträgen mit den inkriminierten Symbolen im Internet werden geahndet.

Da die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung von Kurd\*innen seit den Rundschreiben des Bundesinnenministeriums insbesondere in **Bayern** explosionsartig gestiegen ist und längst auch Menschen trifft, die sich mit den Anliegen der Kurd\*innen solidarisieren, werden das Kurdische Gesellschaftszentrum München und der Rechtshilfefonds AZADÎ zu dieser Thematik eine Tagung durchführen und den Fokus auf die Kriminalisierung in Bayern legen.

Wir würden uns sehr über rege Teilnahme freuen.

Mit solidarischen Grüßen,  
Kurdisches Gesellschaftszentrum München e.V.  
AZADÎ – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V.